



## MONATSBRIEF UNGARN

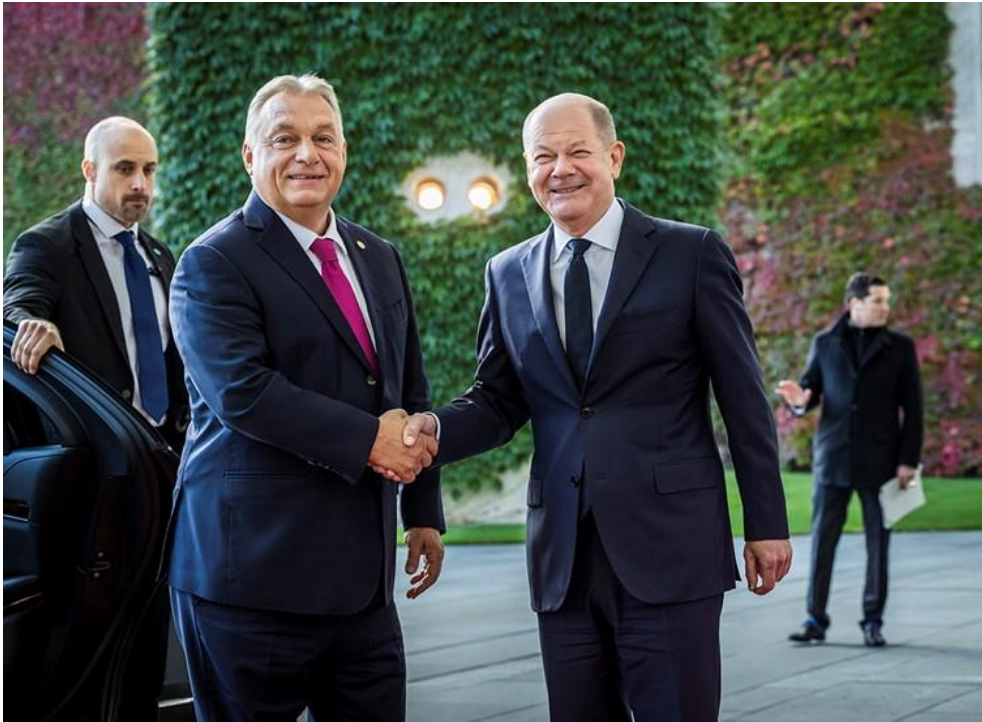
MITTWOCH, 6. NOVEMBER 2024

### Viktor Orbán in Straßburg, Berlin, Tiflis und Wien

Ministerpräsident Viktor Orbán sprach am Mittwoch, den 9. Oktober 2024, im Europäischen Parlament in Straßburg und stellte einige der in seinen Augen dringendsten Prioritäten der ungarischen Ratspräsidentschaft vor. Die Rede, vielweniger jedoch ihr Inhalt als die Person des Redners selbst, polarisierte das Europäische Parlament, wodurch eine fachliche Auseinandersetzung mit den angesprochenen Herausforderungen, wie der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union, dem Krieg in der Ukraine, dem zunehmenden Migrationsdruck an den Außengrenzen oder der EU-Erweiterungspolitik auf dem Westbalkan, kaum möglich erschien. Vielmehr wurden die Redebeiträge vieler Parlamentarier für politische oder persönliche Abrechnungen mit Viktor Orbán selbst genutzt. Dies setzte eine hitzige Kettenreaktion in Gang, bei der nun wiederum andere Parlamentarier dem angeprangerten ungarischen Ministerpräsidenten zur Seite sprangen.

Die Frage, ob der Weckruf, als den der Ministerpräsident seine Rede einleitend bezeichnete, gehört wurde, wird sich zeigen. Viktor Orbán warnte davor, dass Europa wirtschaftlich und politisch den Anschluss zu verlieren drohe und die letzten zwei Jahrzehnte in geringerem Maße gewachsen sei als seine direkten Konkurrenten USA und China. Einen der Hauptgründe dafür sehe er in den hohen Kosten für Energie – die Strompreise seien zwei- bis dreimal und die Gaspreise sogar vier- bis fünfmal so hoch wie in den USA. Der „European Green Deal“ dürfe nicht als Allheilmittel angesehen werden und werde als alleinige Lösung weder die Wettbewerbsfähigkeit noch die Energiesicherheit der Europäischen Union sicherstellen können. Europa brauche eine stärkere Digitalisierung, mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung neuer Zukunftstechnologien, eine Vereinfachung und Reduktion von Rechtsvorschriften sowie eine Erweiterung der Handlungsoptionen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen konterte die Aussagen des ungarischen Ministerpräsidenten und warf ihm Scheinheiligkeit vor. Ungarn, so von der Leyen, fordere strengere Grenzkontrollen und eine Stärkung des Europäischen Wirtschaftsraumes, habe jedoch hunderte Menschenschlepper aus den Gefängnissen entlassen, entferne sich immer weiter vom gemeinsamen Binnenmarkt und belege ausländische Unternehmen mit Sondersteuern. Daniel Freund, Abgeordneter der Grünen im EP, stellte wiederum mit einer gehörigen Portion Enthusiasmus, die in der Realität rechtsstaatlich wohl nicht praktikable Forderung, einen Haftbefehl gegen den ungarischen Ministerpräsidenten zu erlassen. Viktor Orbán widersprach den Vorwürfen und brachte seine Enttäuschung über den Umstand zum Ausdruck, dass es von Seiten der EP-Abgeordneten offenbar kein Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem ungarischen Programm der Ratspräsidentschaft gäbe. Zudem versicherte er, dass Ungarn so lange für die EU kämpfen würde, solange die realistische Chance bestünde, diese dadurch zu einem besseren Ort zu machen.



*Viktor Orbán (l.) beim Händedruck mit Olaf Scholz (r.) bei seiner Ankunft am Kanzleramt in Berlin.*

Quelle: MTI / Bundesregierung / Thomas Koehler

Am Montag, den 14. Oktober 2024, reiste Viktor Orbán nach Berlin zur Teilnahme am 10. Gipfeltreffen des Berlin-Prozesses zum Westbalkan, bei dem die Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration der Region in die Europäische Union besprochen wurden. Ministerpräsident Viktor Orbán und Bundeskanzler Olaf Scholz trafen sich im Rahmen der Berlinreise des ungarischen Ministerpräsidenten zudem zu einem bilateralen Gespräch im Bundeskanzleramt. Genauere Informationen zum Gegenstand der Gespräche wurden weder von deutscher noch von ungarischer Seite bekannt gemacht.

Am Montag, den 28. Oktober 2024, flog Viktor Orbán nach Georgien, um dem amtierenden Premierminister Irakli Kobachidse zu seiner Wiederwahl zu gratulieren. Die Reise des ungarischen Ministerpräsidenten erntete Kritik. Zudem wurde betont, dass Viktor Orbán nicht in seiner Funktion als Ratspräsident der Europäischen Union nach Georgien gereist sei. Die Staatspräsidentin Georgiens, Salome Surabischwili, bezeichnete die Wahlen als gefälscht und als Opfer einer russischen „Sonderoperation“. Sie stellte sich damit auf die Seite der georgischen Opposition. Diese erkennt das Wahlergebnis nicht an und warf der Regierung Wahlfälschung vor. Die Regierung wiederum beanspruchte den Wahlsieg für sich. Internationale Beobachter der OSZE sprachen von Unregelmäßigkeiten beim Ablauf der Wahlen, darunter unter anderem auch Fälle von Stimmenkauf, doppelter Stimmenabgabe sowie Einschüchterung der Wähler.

Am Donnerstag, den 31. Oktober, begab sich Orbán schließlich nach Wien, wo er auf Einladung der Schweizer Zeitung Weltwoche an einer Podiumsdiskussion mit dem deutschen Altkanzler Gerhard Schröder zum Thema „Frieden in Europa“ teilnahm. Zum Krieg in der

Ukraine setzten sich Orbán und Schröder für Gespräche und Verhandlungen mit Russland ein. Auch die Wahlen in den USA würden wegweisend sein. Ein Sieg Donald Trumps könne einen Beitrag zur Beendigung des Krieges leisten. Die Staatsmänner kritisierten, dass es unter den EU-Staaten gegenwärtig das Interesse gebe, den Krieg weiter zu verlängern. Auch das Thema Migration als Konsequenz der derzeit schwelenden Weltkonflikte und ihre Eindämmung kam zur Sprache. Zuvor war Orbán im österreichischen Parlament seitens der FPÖ von Parlamentspräsident Walter Rosenkranz und Parteichef Herbert Kickl empfangen worden. Gemeinsam unterzeichneten Orbán und Kickl eine „Wiener Erklärung“ über gemeinsame Standpunkte in Fragen wie Genderpolitik und Migration.

### **Péter Magyar – Alternative zu Fidesz oder neuer Viktor Orbán?**

Der aufsteigenden Tisza-Partei ist es erstmals gelungen die regierende Fidesz-KDNP in Meinungsumfragen zu überflügeln. Gleich zwei Meinungsforschungsinstitute maßen die Partei auf Platz eins. Beim Publicus-Institut lag die Partei von Péter Magyar unter den sicheren Wählern mit 39 zu 37 % in Führung. Beim Forschungszentrum 21 liegt Tisza mit 42 zu 40 % ebenfalls zwei Prozent in Führung. Eine weiterer interessanter Nebeneffekt des Aufstiegs der Tisza-Partei ist die mögliche Herausbildung eines Zweiparteiensystems in der ungarischen Politiklandschaft. Bei beiden Umfrageinstituten schaffte es neben den großen Zwei (Tisza und Fidesz-KDNP) lediglich eine weitere Partei in die ungarische Nationalversammlung. Bei Publicus war dies die Demokratische Koalition (DK) mit 8 % und beim Forschungszentrum 21 die rechtsextreme Partei Mi Hazánk (MHM) mit 5 %. Diese Entwicklung könnte die bisher größte Schwäche der notorisch zersplitterten ungarischen Opposition im mit relevanten Mehrheitswahlelementen ausgestatteten ungarischen Wahlrecht beheben, welches große politische Formationen mit breiter Wählerbasis bevorzugt. Die neue politische Dynamik zeigt sich auch in der zunehmenden Wahlbereitschaft, welche in der Sonntagsfrage des Publicus-Meinungsforschungsinstituts bei 82 % gemessen wurde. Der Vorsitzende der Tisza-Partei, Péter Magyar, kommentierte die Umfrageergebnisse wie folgt: „Wir schreiben Geschichte. So etwas hat es seit 18 Jahren nicht gegeben.“ Die regierungnahe Tageszeitung Magyar Nemzet merkte an, dass das Publicus-Institut bereits in der Vergangenheit einen Sieg der „Vereinigten Opposition“ bei den Parlamentswahlen 2022 vorhergesagt hatte, welche Fidesz schlussendlich mit einem Vorsprung von über 20 % der Stimmen klar für sich entscheiden konnte. Ein ähnliches Bild zeichnet auch die Sonntagsfrage des Nézőpont-Instituts, welche Fidesz mit 49 zu 34 % weiterhin deutlich vor der Tisza-Partei sieht.

Beflügelt von den jüngsten Umfrageergebnissen traf sich Péter Magyar letzten Monat sowohl mit EVP-Vorsitzenden Manfred Weber als auch mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Im Gespräch mit Weber forderte Magyar erneut, dass Ungarn der Europäischen Staatsanwaltschaft beitreten solle. Mit von der Leyen beriet sich Magyar über die mögliche Freigabe der EU-Fördermittel. Der Ball, so Magyar, liege nun bei der ungarischen Regierung und die Europäische Kommission sei bereit die zurückgehaltenen Mittel freizugeben, sobald Ungarn die geforderten Antikorruptionsmaßnahmen umsetze.

Für Aufsehen sorgte auch das Interview Magyars beim österreichischen ORF2, in dem der ungarische Politiker seine Position zu diversen Themen darlegen konnte. Zwar wies Magyar die Frage des Journalisten, ob er lediglich ein „junger Orbán“ und somit ein ähnlich

„europaskeptischer“ Politiker sei, von sich – eine Behauptung der wohl auch Viktor Orbán selbst nicht zustimmen würde. Dennoch stimmten seine Positionen zu einer Vielzahl von Themen mit der des amtierenden ungarischen Ministerpräsidenten überein. Magyar kritisierte den Umgang der Ukraine mit der dortigen ungarischen Minderheit, zeigte sich zurückhaltend bei der Zukunftsperspektive eines möglichen EU- oder NATO-Beitrittes des Landes und kündigte an, dass Ungarn seinen harten Kurs in der Migrationspolitik fortsetzen sowie den Grenzzaun bewahren werde, da dieser gesamteuropäischen Interessen diene. Die ostentative Frage des ORF-Journalisten, der zufolge es in Ungarn ohnehin nicht möglich sei, eine Wahl gegen Fidesz zu gewinnen, wurde durch die Siegesicherheit Magyars bei den nächsten Wahlen deutlich zurückgewiesen.

### **Deutsche Botschafterin in Budapest sorgt für Eklat**

Julia Gross, deutsche Botschafterin in Budapest, äußerte Anfang Oktober in ihrer öffentlichen Ansprache anlässlich des Tags der Deutschen Einheit in Budapest deutliche Kritik an der Politik der ungarischen Regierung. Die Botschafterin erklärte in ihrer Rede, dass die „russenfreundliche“ Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán einen Kurs gewählt habe, der die Distanz zwischen den beiden Ländern vergrößern und Ungarn von seinen Freunden entfernen würde. Belegen solle dies die Tatsache, dass kein hochrangiger Repräsentant der ungarischen Regierung an der Einheitsfeier der deutschen Botschaft – welche just auf den Tag einer hochrangigen ungarischen Regierungsklausur fern der Hauptstadt angesetzt worden war – teilnahm. Zudem betonte sie ein durch „Ungarn inszeniertes Theater“, das beabsichtigt den NATO-Beitritt Schwedens herausgezögert hätte.

Außenminister Péter Szijjártó reagierte am Folgetag des Geschehens in den sozialen Medien mit den Worten, „die deutsche Botschafterin in Budapest hat sich auf eine die Souveränität Ungarns verletzende Weise, in schwerwiegender Form in die inneren Angelegenheiten Ungarns eingemischt. Die Äußerungen der Frau Botschafterin können wir daher keineswegs akzeptieren.“ Szijjártó erklärte, dass man von den in Ungarn tätigen Botschaftern in jedem Fall Respekt erwarte. Aus diesem Anlass heraus bestellte er die Diplomatin am selbigen Nachmittag noch zu einem Gespräch ein.

Der Konflikt hatte sich bereits zuvor abgezeichnet, als Julia Gross gemeinsam mit dem französischen Botschafter Jonathan Lacote eine Demarche an das ungarische Außenministerium übergeben hatte. Hintergrund seien laut Gross „überraschende Äußerungen“ gewesen, die die Solidarität der Bündnispartner infrage gestellt hätten. Bezogen war dies vermutlich auf den umstrittenen Vergleich von Balázs Orbán, dem Politischen Direktor des Ministerpräsidenten, in einem Mandiner-Podcast [im vorangegangenen Monat](#) zwischen dem Ukrainekrieg und der ungarischen Revolution 1956.

### **Starke Erhöhung des Mindest- und Durchschnittslohns bis 2028**

Drei Eckpfeiler bilden den Aktionsplan für die neue Wirtschaftspolitik der Orbán-Regierung, die im Oktober von Kanzleramtsminister Gergely Gulyás vorgestellt wurden. Dabei handelt es sich um die steigende Kaufkraft der Haushalte, mehr bezahlbaren Wohnraum und das Sándor-Demján-Programm für prosperierende kleine und mittelständische Betriebe.

### *Steigende Kaufkraft der Wohnhaushalte*

Zur Steigerung der Kaufkraft der ungarischen Haushalte plant die ungarische Regierung drei Maßnahmen heranzuziehen, nämlich eine dreijährige Tarifvereinbarung der Sozialpartner, ein Programm vergünstigter Kredite für Arbeitnehmer sowie eine Verdopplung der Steuerzuschüsse für Familien.

### *Bezahlbarer Wohnraum*

Um den Wohnraum innerhalb Ungarns, besonders in Budapest, erschwinglicher zu gestalten, kündigte Gulyás strengere Airbnb-Regelungen an, wozu bisher jedoch noch keine konkreten Beschlüsse gefasst wurden. Des Weiteren plane die Regierung eine Überarbeitung des Mietvertragssystems sowie die Schaffung zusätzlicher Wohnheimplätze für Studierende in den Universitätsstädten und der Hauptstadt. Vorgesehen sei die Einführung eines Wohnungsprogramms für junge Menschen sowie eines Programms zur Modernisierung von Wohnraum im ländlichen Raum.

Die Hälfte jener Beträge, die durch den Arbeitgeber auf die sogenannte SZÉP-Karte transferiert werden – diese ist eine in Ungarn durch Steuererleichterungen subventionierte Gratifikationsleistung zum Zwecke der Erholung und Freizeitunterstützung von Arbeitnehmern in Form einer Bankkarte, auf die der Arbeitgeber einen jährlich gedeckelten Betrag steuervergünstigt überweisen kann, welchen die Arbeitnehmer wiederum bei teilnehmenden heimischen Geschäften, Gewerben und Dienstleistern im Inland als Zahlungsmittel verwenden können –, sollen vorübergehend für Wohnzwecke genutzt werden dürfen.

Ebenso betrifft dies die Vorsorgegelder, die in freiwilligen Pensionskassen angesammelt wurden. Die steuerliche Vergünstigung von Wohnzuschüssen seitens des Arbeitgebers werde weiter gewährleistet. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 5 % auf den Verkauf neuer Wohnungen bleibe bis Ende 2026 bestehen. In Zusammenarbeit mit dem Bankensektor sei zudem geplant, eine freiwillige Zinsobergrenze von 5 % für Hypothekendarlehen festzulegen.

### *Sándor-Demján-Programm*

Das sogenannte Sándor-Demján-Programm wurde initiiert, um heimische kleine und mittlere Betriebe gezielt zu unterstützen. In diesem Zusammenhang wurden acht konkrete Maßnahmen eingeführt, angefangen von Kapitalzuführungen, der Förderung von Investitionen und der klaren Erwartung, dass jedes Unternehmen eine eigene Internetpräsenz haben sollte. Zudem ist eine Senkung der Kreditzinsen von maximal 5 % auf 3,5 % im Rahmen der verschiedenen staatlich geförderten Kredit-Konstruktionen vorgesehen, die kleine und mittelständische Unternehmen in etwa für Investitionen oder Entwicklungsmaßnahmen in Anspruch nehmen können.

### *Eine Million Forint Durchschnittslohn*

Bei der Regierungspressekonferenz Anfang Oktober äußerte Kanzleramtsminister Gergely Gulyás die Erwartung an die Sozialpartner, eine mehrjährige Vereinbarung zu treffen. Ziel sei es, den Mindestlohn bis 2028 auf umgerechnet etwa 1.000 Euro anzuheben und den aktuellen Durchschnittslohn von rund 600.000 Forint (ca. 1.500 Euro) monatlich auf 1 Mio. Forint (ca. 2.500 Euro) zu steigern. Auf der Regierungsklausursitzung in Geszt wurde ebenfalls

umrissen, dass diese Gehaltsziele erreichbar wären, wenn eine mehrjährige Mindestlohnvereinbarung mit den Sozialpartnern zustande käme.

Ministerpräsident Orbán teilte in einem Radiointerview diesbezüglich mit, er habe den Wirtschaftsminister beauftragt, die entsprechenden Verhandlungen voranzubringen, um bald ein Zieldatum für einen durchschnittlichen Monatslohn von 1 Mio. Forint festzulegen. Zudem bekräftigte Orbán das Versprechen, die Steuervergünstigungen für Familien im kommenden Jahr zu verdoppeln, wies jedoch darauf hin, dass dies voraussichtlich in zwei Phasen Mitte 2025 und Anfang 2026 erfolgen werde.

### **Neue Budapester Bürgerschaft tritt zusammen**

Gleichzeitig mit den Wahlen zum Europaparlament am 9. Juni 2024 hatten in Ungarn die Kommunalwahlen stattgefunden, wobei auch über die Zusammensetzung des Budapester Stadtrates (die sogenannte Bürgerschaft) entschieden worden war. Nach drei Wahlauszählungen war damals Gergely Karácsony (Párbeszéd) mit einer hauchdünnen Mehrheit für eine zweite Amtszeit von weiteren fünf Jahren als Oberbürgermeister der Hauptstadt im Amt bestätigt worden, wie wir in der [Juli-Ausgabe](#) berichteten. Am Freitag, dem 4. Oktober, trat der Stadtrat in seiner neuen Konstellation nun erstmals zur konstituierenden Sitzung zusammen – und könnte in nicht allzu entfernter Zukunft aus Gründen der Unregierbarkeit auch wieder auseinandertreten.

Eine mögliche Kandidatin des OB Karácsony für das Amt der Vize-Oberbürgermeisterin, Anett Bósz, hatte wenige Tage vor der Sitzung ihren Rücktritt nicht nur aus der Kommunal-, sondern auch aus der Landespolitik bekanntgegeben. Bósz hatte bereits seit 2022 den Posten der Vize-OB in Budapest bekleidet und war seit 2019 Vorsitzende der liberalen Partei MLP, die einen Teil der Fraktion der sozialdemokratischen Demokratischen Koalition (DK) bildet. Mit ihrem Rücktritt verabschiedete sich Bósz nun nicht nur von ihrem Budapester Stadtratsmandat und steht nicht mehr als Vize-OB zur Verfügung, sondern legte auch ihre Parteimitgliedschaft in der DK gänzlich nieder.

Doch nicht nur die Wahl der Stellvertreter dürften dem neuen alten Oberbürgermeister Kopfschmerzen bereiten. Auch die unklaren und antagonistischen Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat dürften eine nahezu unregierbare politische Mehrheitsfindung versprechen. So kritisierte OB Karácsony die Haltung der aufstrebenden Partei Tisza als destruktiv, die als Kandidat für den Vize-OB plötzlich Karácsonys um 200 Stimmen unterlegenen Kommunalwahl-Herausforderer Dávid Vitézy unterstützen möchte. Karácsony kündigte als Reaktion an, auf der konstituierenden Bürgerschaftssitzung überhaupt keine Vorschläge bezüglich seiner Vize-OBs zu machen, was er während der ersten Sitzung auch einhielt.

Durch die Sitzverteilung im Rat fällt es dem amtierenden OB schwer, Mehrheiten für seine Beschlüsse zu finden. Von den 33 Mandaten der Bürgerschaft verfügt Karácsony lediglich über sieben. Jeweils zehn gingen an Fidesz-KDNP und Tisza, sodass er für eine Mehrheitsfindung auf eine der beiden Parteien angewiesen wäre. Die Kluft zu beiden scheint jedoch einstweilen unüberbrückbar. „Die Budapester haben eine bunte Bürgerschaft gewählt, ohne eindeutige natürliche Mehrheitsverhältnisse. Deshalb muss die Suche nach Kompromissen, die sich aus der Verantwortung für den Wähler ableiten, in den Vordergrund rücken“, kommentierte Karácsony die Patt-Situation.



Ein solcher Kompromiss konnte in der ersten Sitzung zumindest teilweise in der Frage der Korruption und des transparenten Haushaltens gefunden werden. Die Satire-Partei des zweischwänzigen Hundes (MKKP) schlug eine Nachuntersuchung der Haushaltspraxis der Jahre 2020-24 vor, was von den anderen Parteien angenommen wurde. Ferner solle der OB auf Anraten des Stadtrates einen eigenen Entwurf zur Wahrung von Transparenz in den Haushaltsorganen ausarbeiten. Péter Magyar, Vorsitzender der Tisza-Partei, war ebenfalls auf der Sitzung anwesend. Er beobachtete, dass der Stadtrat parteiübergreifend mehr Vollmachten zu Ungunsten des OB für sich erkämpfen wolle. Wegen der Tatsache, dass im Budapester Stadtrat alle Oppositionsparteien vertreten sind, die 2026 für die Abwahl der Orbán-Regierung sorgen könnten, bezeichnete der DK-Fraktionsvorsitzende Sándor Szaniszló den Stadtrat als „Laborversuch“.

### **Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag der Revolution 1956**

Vor 68 Jahren, im Jahr 1956, erhoben sich die Ungarn als geschlossene Nation in einem Volksaufstand gegen die totalitäre Diktatur des Kommunismus. Die Revolution wurde nach knapp zwei Wochen mit sowjetischer Militärgewalt niedergeschlagen. Im Kampf gegen die Unterdrücker fielen 3.500 Ungarn, mehr als 20.000 wurden verletzt. 228 Personen wurden infolgedessen vom kommunistischen Regime hingerichtet, über 20.000 mit langen Gefängnisstrafen versehen, weitere 13.000 zeitweilig interniert. Rund 200.000 Ungarn mussten ins Ausland, etwa nach Westdeutschland oder Österreich, fliehen. Der Jahrestag der Revolution, der 23. Oktober, wird seit der demokratischen Wende als Nationalfeiertag begangen. So auch in diesem Jahr.



*Gedenken an 1956: Hunderte ziehen mit Fackeln entlang der Donau.*

Quelle: MTI / Tibor Illyés

In Anklang an die historischen Vorereignisse des 22. Oktober 1956, an dem Studenten in einem Solidaritätsmarsch mit den unterdrückten polnischen Arbeitern von Posen zur Statue des polnischen Generals Bem gezogen waren, welcher die Ungarn im Freiheitskampf 1848/49 unterstützt hatte, fand auch in diesem Jahr am Vorabend des Revolutionstages erneut der traditionelle Fackelzug der jungen Generation statt. Die Forderung der ungarischen Studenten nach einem demokratischen Wandel im Zeichen der ungarisch-polnischen Freundschaft hatte damals mitunter den Anstoß zum Volksaufstand gegeben. Angeführt von drei historischen militärischen Csepel-Lastern der Revolutionszeit zog die Menschenmenge mit Fackeln und Revolutionsfahnen mit Loch (1956 schnitt man das kommunistische Staatswappen aus der Mitte der Flagge) von der TU Budapest entlang der Donau zum Bem-Platz. Kanzleramtsminister Gergely Gulyás betonte in seiner Gedenkrede an der Technischen Universität: „Die Freiheit verdient ihren Preis, es lohnt dafür zu kämpfen.“ Die heutige Selbstverständlichkeit von Freiheit und Demokratie entspringe dem Gedanken von 1956, was auch den jüngeren, in Freiheit aufgewachsenen Generationen immer wieder eingeschärft werden müsse.

Anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten am 23. Oktober hielt auch Parlamentspräsident László Kövér eine Rede über den Wert der Freiheit. Ohne seine auf dem demokratischen Volkswillen basierende nationale Souveränität warteten Demokratieabbau, Anarchie, Diktatur und Abhängigkeit von fremden Mächten auf Europa, warnte der Politiker. Ferner bekannte er sich zu Ungarns Rolle in der EU: „Die Ideale unserer Revolution und des Freiheitskampfes von 1956 verpflichten uns Ungarn, für eine EU zu arbeiten, die den Europäern dient.“

Auch Ministerpräsident Viktor Orbán sprach seine traditionelle Gedenkrede zum Nationalfeiertag, bei der er unter anderem Vorwürfe gegenüber der oppositionellen Tisza-Partei erhob, welche Brüssel seiner Meinung nach gedenke, als freundliche „Marionettenregierung“ in Ungarn zu installieren, und Vergleiche mit der totalitären sowjetischen Niederschlagung des Freiheitskampfes 1956 zog: „Die neue Opposition macht das gleiche wie einst, indem sie Fremde um Hilfe gegen Ungarn anruft.“ Konkurrent Péter Magyar diene sich dem „Brüsseler Herrchen“ als „neuer Schoßhund“ an. Weiterhin warnte er vehement davor, sich als Europa in den Ukrainekrieg hineinziehen zu lassen. Der „Siegessplan“ des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj wolle offen den Krieg auf ganz Europa ausweiten, die Ukraine unverzüglich in die NATO einladen lassen, den Kriegsschauplatz auf russisches Territorium verlagern und nach dem Sieg an der Ostfront die Ukraine mit ihrer aufgerüsteten Armee an Stelle der Amerikaner zur neuen Schutzmacht Europas machen.

Die Gegenveranstaltung der Tisza-Partei hingegen zog andere Lehren aus 1956 und betonte, die Orbán-Regierung habe kein Recht darauf, ihre Neutralität in diesem Konflikt zu verkünden. Seit dem Staatsgründer Ungarns, dem Heiligen Stephan, gehöre Ungarn zum christlichen Westen, so Parteichef Péter Magyar. Er kritisierte die vermeintliche Nähe der Regierung zu Russland und fragte rhetorisch an Orbán gewandt: „Herr Ministerpräsident, wo ist der Mann, der einst den Abzug der Russen aus Ungarn forderte?“ Im Anklang an die Revolution erklärte Magyar die löchrige Fahne der Aufständischen zum neuen Symbol der Tisza-Partei. Ähnlich wolle man bei den Parlamentswahlen 2026 den Fidesz aus seiner Machtposition verdrängen: „Wir müssen wieder jenem Ungarn ähneln, dass den Zusammenhalt wählt und erklärt, es habe genug von der Unterdrückung.“



Die rechtsradikale Opposition beging ihren eigenen Gedenktag mit einer Demonstration am Denkmal des ungarischen Mythenvogels Turul, welches vom neuen links-oppositionellen Bezirksbürgermeister zum Abriss freigegeben werden soll.

### **Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft**

#### *Mandatsniederlegung von Oppositionspolitiker nach Gerichtsurteil*

Am Montag, den 21. Oktober, hielt der Oppositionspolitiker András Fekete-Győr seine Abschiedsrede im ungarischen Parlament. Am vorangegangenen Donnerstag hatte ein Gericht den Politiker und ehemaligen Vorsitzenden der Partei Momentum zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung wegen Gewalt gegen einen Beamten verurteilt. Fekete-Győr kündigte daraufhin an, dass er nicht warten werde, dass das Parlament ihm aufgrund der rechtskräftigen Verurteilung sein Mandat entzieht, sondern er es an die ehemalige Europaabgeordnete von Momentum, Katalin Cseh, übergeben werde, die im Juni samt ihrer Partei aus dem Europaparlament gewählt worden war. In seiner letzten Rede drohte er im Selbstverständnis eines politisch Verfolgten der Regierung und kritisierte die Staatsanwaltschaft sowie das Urteil als Tyrannei. Anschließend verließ er mit der Momentum-Fraktion geschlossen den Saal. Bei einer politischen Demonstration im Jahr 2018 hatte Fekete-Győr als Komplize eine Nebelkerze in Richtung einer Polizeikette geworfen. Als Haupttäter wurde sein Parteikollege Koppány Bendegúz Szarvas zu drei Jahren auf Bewährung verurteilt. Fekete-Győr wird in Zukunft die politische Parteistiftung von Momentum leiten.

#### *Ungarische Grüne: Austritt aus EP-Fraktion und Parlamentsfraktion vor dem Aus*

Die parlamentarische Fraktion der grünen Partei LMP könnte vor dem Aus stehen. Parteiurgestein Antal Csárdi, Parteimitglied seit 15 Jahren, kündigte seinen Parteiaustritt an. Anstoß habe der „Verrat“ des LMP-Parteivorsitzenden Péter Ungár gegeben. Ohne Csárdi droht die Fraktion aufgrund ihrer Größe ihren Status zu verlieren. Er suche nach Möglichkeiten, um bis Jahresende die Trennung für alle betroffenen Mitarbeiter „möglichst schmerzfrei“ zu gestalten. Als Grund nannte er „Informationen und Belege aus sicherer Quelle“, dass es im Zuge der Kommunalwahlen geheime Verhandlungen zwischen dem LMP-Vorsitzenden und dem Kabinetbüro des Ministerpräsidenten gegeben habe, was die Unterstützung des unabhängigen Oberbürgermeister-Kandidaten Dávid Vitézy betrifft. Dieser war bei der Wahl im Juni schließlich von der LMP als Gegenkandidat zum links-grünen Gergely Karácsony unterstützt worden. Auch Fidesz-KDNP sprachen nach dem Rückzug ihrer eigenen Kandidatin später ihre Unterstützung für Vitézy aus, der die Wahl um nur knapp 200 Stimmen verlor. Mehrere Gründungsmitglieder und frühere Vorsitzende der LMP sahen dies als abgekartetes Spiel und verließen die Partei bereits im Laufe des Sommers. Nun folgt Csárdi und damit die Existenz der Parlamentsfraktion.

LMP-Vorsitzender Péter Ungár indes hatte Anfang Oktober ein Interview im deutschen Magazin Cicero gegeben, wonach die LMP auf europäischer Ebene die Parlamentsfraktion der Grünen im Europaparlament verlassen werde. Als Gründe nannte er Zerwürfnisse mit den „West-Grünen“ in Westeuropa, so um die Frage des „Green Deal“. Die ungarische Umwelt würde beispielsweise durch den enormen Anstieg an Batteriefabriken für Elektroautos stark in Mitleidenschaft gezogen. Während diese westlichen Konzerne ihren Profit mit dem Verkauf

auf dem westeuropäischen Markt machten, würden sie in Ungarn enorme Wassermengen verbrauchen und die Luft, Gewässer und Umwelt mit Chemikalien verschmutzen. Trotz Protesten der ungarischen Bürger und Klimaschützer seien diese Bedenken den grünen Partnern aus Westeuropa „völlig gleichgültig“ gewesen: „Doch das interessiert beispielsweise all die deutschen, niederländischen oder schwedischen Grünen nicht. Ihnen ist lediglich wichtig, dass sie ihre Elektroautos in Berlin, Amsterdam oder Stockholm als Statussymbol fahren und sich als moralisch gute Menschen fühlen können.“ Alle Standpunkte, die dem westeuropäischen Mainstream nicht entsprächen, würden als Aussatz behandelt. Auch die europäischen Institutionen seien davon betroffen.

Auch in der Frage der Zukunft der EU weiche der ungarische grüne Standpunkt vom westlichen ab. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Kommunismus, betonte Ungár, brauche es als Lehre souveräne Nationalstaaten für eine gute europäische Kooperation: „Wir Ungarn sind gegen einen europäischen Superstaat, da das in uns böse Erinnerungen an die Zeit des Kommunismus weckt. Während ältere Grüne aus Westeuropa eine gewisse Sensibilität dafür haben, bezeichnen junge Grüne uns Ungarn als ‚Nationalisten‘ oder ‚Faschisten‘.“ Auch mit der westlichen Gender-Ideologie innerhalb der grünen Parteien könne man sich nur schwerlich identifizieren, so der selbst offen homosexuelle Politiker. Ferner vertrete man andere Standpunkte zum Thema Atomkraft und Migration: „Womöglich werde ich in Deutschland nun als ‚Nazi‘ diffamiert werden, doch in Ungarn ist dieses Denken unter progressiven Politikern absolut normal.“ Das gesamte Interview lesen Sie [hier](#).

#### *Entwicklungsvorhaben: Debrecen als „zweite Hauptstadt“*

„Unsere Regierung betrachtet Debrecen wie eine zweite Hauptstadt“, gab Verkehrsminister János Lázár am 16. Oktober auf einer Pressekonferenz bekannt. Es seien alle Voraussetzungen gegeben damit das Produktionswerk des deutschen Autobauers BMW planmäßig 2025 an den Start gehen könne. Diese große Wirtschaftsansiedlung stehe im strategischen Ziel, die ungarische Ostmetropole langfristig in die Top 30 der größten Industriezentren Europas zu heben. Bereits 500 Mrd. Forint seien bisher in die wirtschaftliche Entwicklung des Standorts geflossen. Geplant seien weitere Infrastrukturprojekte, darunter ein breiter Ausbau der Hauptverkehrsstraßen und Autobahnen, des Hauptbahnhofs und der Bahnstrecken sowie der kulturellen Angebote. Gleich zwei Landesmuseen sollen in Debrecen angesiedelt werden, nämlich das Naturkunde- und das Verkehrsmuseum. Um in Angesicht der großen Industrieinvestitionen die heimische Umwelt und Gewässer zu schonen, soll für die großen Betriebe zu zwei Dritteln behandeltes Abwasser zu Verfügung gestellt werden. Die Entwicklungsstrategie soll bis 2030 solide umgesetzt werden, so der Debrecener Oberbürgermeister László Papp.

#### *Ungarische Initiativen im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft*

Im Oktober stellte Ungarn im Rahmen von Fachkonferenzen zwei seiner Programme im Rahmen der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft vor. So wurde Anfang Oktober eine Konferenz abgehalten, um dem Thema Lebensmittelverschwendung den Kampf anzusagen. Der zuständige Agrarstaatssekretär Márton Nóbilis erklärte, die EU-Staaten sollten ihr Know-how mit der Welt teilen. Es brauche eine globale Strategie gegen die immensen Verluste an Lebensmitteln in der gesamten heutigen Wertschöpfungskette der Nahrungsmittelindustrie. Neben internationalen Standards zur Beaufsichtigung dieses Problems brauche es auch bei den Konsumenten eine stärkere Sensibilisierung im öffentlichen Raum. Hier könne Ungarn

mit seinem Programm „Restlos“ (Maradék nélkül), über welches wir im [Februar 2024](#) berichteten, eine EU-Pionierrolle spielen. Auch mit Aufklebern mit dem Slogan „Das ist noch gut!“ sollen Einzelhandelsketten die Verbraucher darauf hinweisen, wie lange Produkte über das Mindesthaltbarkeitsdatum hinaus konsumiert werden können. Die Lebensmittelverschwendung der ungarischen Haushalte beläuft sich auf 250.000 t pro Jahr, ein Warenwert von 950 Mio. Euro. In der EU sind es sogar 59,2 Mio. t, pro Kopf 132 kg, Lebensmittelabfälle – Tendenz steigend. 54 % der Lebensmittelverschwendung entfällt auf die privaten Haushalte.

Ende Oktober bekannte sich EU-Minister János Bóka im Rahmen der Verabschiedung der EU-Ratserklärung zur zentralen Rolle jüdischer Traditionen für Europa: „Ohne jüdische Traditionen wäre Europa nicht Europa.“ Die Erklärung setzt sich für die Förderung jüdischen Lebens und die Bekämpfung von Antisemitismus ein. Der israelische Botschafter bei der EU und der NATO lobte Ungarns Engagement und bezeichnete Budapest als „wahren Freund Israels“. Auch zahlreiche jüdische Organisationen stellten sich hinter die EU-Erklärung und dankten dem ungarischen Ratsvorsitz für seine „großartige Mission in der EU“. Auch hoben sie die positive Situation der Juden in Ungarn hervor, wo jüdische Gemeinden mehr aufblühten als irgendwo sonst in Europa und man seine Identität nicht verstecken müsse. Der Kampf gegen Antisemitismus stellt eine der Prioritäten der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft dar. „Die Juden können, wie zu allen Zeiten, auf die Unterstützung unserer Regierung zählen“, so Minister Bóka.

#### *Wiederaufbauhilfe für Ukraine*

Im ukrainischen Ort Synjak wurde Ende Oktober ein multifunktionelles Dienstleistungszentrum übergeben, welches mit Unterstützung Ungarns errichtet worden war. Das Gebäude beherbergt ein Ärztezentrum, kommunale Ämter und die Post. Der ungarische Staat hatte rund 800 Mio. Forint (ca. 2 Mio. Euro) für den Bau beigesteuert. Bereits zuvor waren in der Gemeinde unter Koordinierung des ungarischen Ökumenischen Hilfsdienstes ein Kindergarten und eine Rettungsstation übergeben worden. Der Wiederaufbau einer beschädigten Schule solle bis zum Beginn des nächsten Schuljahres folgen. Der zuständige Staatssekretär bekräftigte die Fortsetzung des ungarischen Engagements in der Ukraine, welches die größte humanitäre Aktion in der Geschichte Ungarns darstelle. Neben dem Wiederaufbau zerstörter ukrainischer Einrichtungen nahm das Land seit Ausbruch des Krieges auch über 1,4 Mio. ukrainische Flüchtlinge über die ungarisch-ukrainische Grenze auf.

#### *Ungarisches Transparency International intransparent*

Der ungarische Ableger der internationalen NGO Transparency International (TI) agiere in Ungarn nicht transparent. Die Tätigkeit der Organisation schade Ungarn und stigmatisiere seine staatlichen Einrichtungen. Zu diesem Urteil kam eine umfassende Untersuchung, die das Amt für Souveränitätsschutz (SzVH) Mitte Juni eingeleitet hatte. In ihrer Beurteilung bezog sich die Behörde auf Finanzierungsströme, Aktivitäten und das Beziehungsgeflecht des Netzwerks von TI. Während die NGO die Themen der Transparenz und Antikorruption vorgebe, handele sie in Wahrheit selbst intransparent, desinformativ und lobbymäßig im wirtschaftlichen und politischen Interesse der USA. Als manipulativ kritisiert wurde überdies die Methodik des von TI herausgegebenen Korruptionswahrnehmungsindex (CPI): „Die TI Ungarn will mit dieser pseudowissenschaftlichen Erhebung Ungarn und seine

Staatsverwaltung in ein schlechtes Licht tauchen“, so das SzVH. Dies schade dem Land politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich, da die Berichte von TI auch an die EU-Kommission als Referenzmittel weitergereicht würden. Der ungarische TI-Geschäftsführer József Péter Martin entgegnete: „Ungarn ist der einzige Mitgliedstaat der EU, in dem der Staat die Korruption von oben organisiert.“

#### *Kompromissvorschlag im Streit um Erasmus*

Seit nunmehr über einem Jahr sind ungarische Forscher und Studenten von den EU-Austauschprogrammen Erasmus und Horizon ausgeschlossen. Betroffen davon sind rund zwei Dutzend Universitäten, die den sogenannten Modellwechsel von staatlichen Universitäten hin zu Universitäten mit Stiftungsmodell vollzogen haben. An solchen Hochschulen studieren derzeit rund 70 % der ungarischen Studenten. Brüssel hatte als Grund für den drastischen Schritt seinerzeit den politischen Einfluss auf die Trägerstiftungen bemängelt. So waren unter anderem aktive Politiker in einigen Stiftungsgremien vertreten gewesen. Diese traten infolge der Kontroverse aus den Gremien zurück. Der Ausschluss aus den Programmen wurde jedoch nicht zurückgenommen. Nun kündigte der ehemalige Kultur- und Innovationsminister Prof. László Palkovics seinen Rücktritt als Kuratoriumsvorsitzender Universität Győr an. Als Grund nannte er, mit dieser Geste die Brüsseler Blockadehaltung lockern und den Verhandlungen der ungarischen Regierung zu Erfolg verhelfen zu wollen. „Die Sanktionen der EU gegen die Modellwechsel-Hochschulen sind dessen ungeachtet extrem rechtswidrig und ungerecht“, mahnte er an. Palkovics, studierter Maschinenbauingenieur mit Abschluss an der TU Budapest, war von 2018 bis 2022 ungarischer Minister für Innovation und Technologie. Zuvor war der parteilose Professor Topmanager von Knorr-Bremse in Ungarn und Europa gewesen. Seit 2013 ist er Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Nach seiner politischen Karriere wechselte er 2022 an die Universität Győr.

#### *Nachruf: Pater Imre Kozma verstorben*

Am Donnerstag, dem 17. Oktober 2024, starb im Alter von 85 Jahren Pater Imre Kozma, der Gründer des Ungarischen Malteser Hilfsdienstes. Kozma machte sich seinerzeit verdient, indem er 1989 im Garten seiner Kirche in Zugliget den geflüchteten ostdeutschen Familien in Budapest Obdach gewährte. Damit eröffnete er das erste Flüchtlingslager für DDR-Flüchtlinge, startete im Folgenden die mit 48.000 Unterstützten seinerzeit größte humanitäre Aktion Europas und machte sich aktiv in den Ereignissen um die Deutsche Einheit verdient. Der Pater wurde am 4. Juni 1940 in der Nähe von Győr geboren und 1963 zum Priester geweiht. Als Gründungspräsident des Malteser Hilfsdienstes, der aus dem Freiwilligennetzwerk in Zugliget hervorging, lieferte er später auch humanitäre Hilfsgüter an Notleidende während der rumänischen Revolution und der Jugoslawienkriege. 1997 trat er in den Orden der Barmherzigen Brüder ein, dessen ungarische Organisation er bis zu seinem 82. Lebensjahr leitete und zahlreiche Krankenhäuser verantwortete. Sein soziales Engagement bis zu seinem Tod im hohen Alter wurde mit mehr als dreißig nationalen und internationalen Preisen und Auszeichnungen gewürdigt, darunter 2003 mit dem Mittleren Kreuz des Ungarischen Verdienstordens, 2010 mit dem Orden der Französischen Ehrenlegion und 2016 mit dem Europäischen Bürgerpreis für sein Lebenswerk. Mehrere Städte und Gemeinden ernannten Pater Kozma zu ihrem Ehrenbürger.

## Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

### *Praktikumsausschreibung*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab 2025 **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

### *Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

### *Vergangene Veranstaltungen*

Das Deutsch-Ungarische Institut organisierte am **14. Oktober 2024** eine internationale Konferenz in **Berlin** in Zusammenarbeit mit dem **Danube Institute** und der konservativen Plattform **TheRepublic**. Die Konferenz, an der rund 150 Personen teilnahmen trug den Titel „**Transatlantic Partnership in a New Era**“ und versammelte führende internationale Politiker, Wissenschaftler und Journalisten aus Europa und den USA, um den transatlantischen Dialog zu stärken und Lösungen für drängende gesellschaftliche und politische Fragen zu entwickeln. Im Zentrum der Konferenz standen die geopolitischen Blockbildungen sowie die Rolle Europas in einer zunehmend instabilen Welt und die Notwendigkeit einer starken transatlantischen Zusammenarbeit. Den vollständigen Veranstaltungsbericht aus Berlin können Sie [hier](#) lesen.



Zwischen dem **10. und 24. Oktober 2024** war **Prof. Dr. Peter HOERES**, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Würzburg, als Visiting Fellow zu Gast am Deutsch-Ungarischen Institut. Im Rahmen seines Aufenthalts hielt Hoeres am **17. Oktober 2024** einen Vortrag am **MCC Debrecen** mit dem Titel „**Links und Rechts – noch zeitgemäß?**“. Den Veranstaltungsbericht können Sie unter folgendem [Link](#) abrufen.

Am **21. Oktober 2024** hielt **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, eine Buchvorstellung seines Buches „**Ungarn ist anders**“ am **MCC Zalaegerszeg**. Auf dem Podium diskutierten mit ihm **Prof. Dr. Werner J. PATZELT**, Forschungsdirektor des MCC Brüssel, und **Jan MAINKA**, Herausgeber der Budapester Zeitung. Das Buch wurde im Dezember 2023 als erster Band der Reihe „**Beiträge zur deutsch-ungarischen Verständigung**“, herausgegeben vom Chemnitzer Historiker Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, veröffentlicht. Der zweite Band der Reihe für das Jahr 2024 mit dem Titel „Ungarische Wegmarken“ ist bereits in Vorbereitung und wird Ende 2024 veröffentlicht werden. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie auf unserer [Webseite](#).

#### *Bevorstehende Veranstaltungen*

Am **12. November 2024** lädt das Deutsch-Ungarische Institut zu einem Vortrag von **Prof. Dr. Ludger KÜHNHARDT**, emeritierter Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, ans **MCC Székesfehérvár** ein. Der Vortrag trägt den Titel „**Zeitenwende – Wendezeiten. Die euro-atlantische Zivilisation nach dem Wahljahr 2024**“ und beleuchtet die tiefgreifenden Veränderungen der Weltpolitik angesichts globaler Konflikte und Machtverschiebungen. Kühnhardt stellt die Frage, wie unsere euro-atlantische Zivilisation nach den großen Wahlen in Europa und den USA mit diesen Herausforderungen umgehen kann. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie zeitnah auf der Webseite des MCC Székesfehérvár.

Am **26. und 27. Oktober 2024** stellt **Dr. Klaus-Rüdiger MAI**, Historiker, Autor und Journalist, gemeinsam mit seinem Verleger **Christian STRASSER**, Eigentümer der Europa Verlage GmbH, sein frisch erschienenes Buch „**Angela Merkel. Zwischen Legende und Wirklichkeit**“ in einer Doppelveranstaltung am **MCC Pécs** und am Folgetag am **MCC Szeged** vor. Nach einem Vortrag folgt eine Diskussion mit dem Autor und dem Verleger. In seinem Buch zeichnet Mai den Weg Merkels zu und während ihrer 16 Jahre währenden Kanzlerschaft nach. Er spricht auch über das Erbe dieser 16 Jahre. Denn nichts sei falscher gewesen als Angela Merkels ikonischer Wahlkampfspruch: „Sie kennen mich.“ Details zur Veranstaltung und zur Anmeldung finden Sie in Kürze auf den Webseiten des MCC Pécs und Szeged.

#### *Veröffentlichungen*

Am Freitag, den **11. Oktober 2024**, sprach **Rommy ARNDT** im Rahmen von „**Kontrafunk aktuell**“ mit **Bence BAUER**, Direktor des DUI, über die viel beachtete Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán im EU-Parlament in Straßburg und das Verhältnis zwischen Ungarn und der EU. Den vollständigen Beitrag finden Sie unter folgendem [Link](#).

In ihrem Artikel „**Europas Stimme stärken**“ beleuchtet **Katharina VILIMSKY**, Praktikantin am DUI, in der **Budapester Zeitung** vom **18. Oktober 2024** die wichtigsten Botschaften der internationalen Konferenz „Transatlantic Partnership in a New Era“ in Berlin.



Wir bräuchten ein starkes, geeintes Europa. Ein Europa, das seine eigene Stimme habe. Ein Europa, das nicht nur als abhängiger, sondern als vollwertiger Partner der USA agiere, so die Analyse. Den vollständigen Artikel finden Sie [hier](#). Im Magazin **Ungarn Heute** vom **19. Oktober 2024** erschien eine themengleiche Analyse, die Sie [hier](#) finden.

Am **24. Oktober 2024** war **Bence BAUER**, Direktor des DUI, zu Gast im Podcast **Politik International** der **Union Stiftung**. Unter dem Titel „**Ungarn und Deutschland: Brücken der Verständigung**“ erörterte Bauer die deutsch-ungarischen Beziehungen und die Arbeit seines Instituts. Themen waren Geschichte und Identität, aktuelle politische Fragestellungen, wie das ungarische Wahlrecht oder die Rolle Ungarns in Europa, sowie die ungarische Mentalität als „Land der 10 Millionen Freiheitskämpfer“. Den vollständigen Beitrag finden Sie unter folgendem [Link](#).

### Besuchstipp



Das Budapester Museum der Schönen Künste am Heldenplatz im neoklassizistischen Stil.  
(Quelle: szepmuveszeti.hu)

Im Herbst lockt das Budapester Museum der Schönen Künste seine Besucher mit drei neuen Sonderausstellungen vor seine Tore. Aber nicht nur wegen seines Programms ist das schöne Gebäude aus dem Jahr 1900 mit seinem neoklassizistischen Stil einen Blick wert. Mit mehr als 120.000 Ausstellungsstücken von der Antike bis in die Moderne ist es das größte Museum Ungarns. Ab 5. Oktober 2024 bis 2. Februar 2025 lädt die Ausstellung „Das Königreich der Götter und Dämonen. Mesopotamien 1000-500 v. Chr.“ Fans der Antike in das Museum ein, die über 150 Leihgaben aus der Wiege der Zivilisation, den Reichen Mesopotamiens, Neusyriens und Neubabylons, bestaunen können. Dabei wandeln sie auf den Spuren heidnischer Gottheiten und des biblischen Mythos vom Turmbau zu Babel. Freunde des Biedermeier kommen vom 17. Oktober 2024 bis 16. März 2025 auf ihre Kosten. In der Ausstellung „Heimat des Porträts, Porträt der Heimat“ können sie im Rahmen der Graphischen Sammlung des Museums rund 70 Kunstwerke aus dem 19. Jahrhundert begutachten. Ab 27. November 2024 bis 30. März 2025 schließlich können Besucher die Ausstellung „Munkácsy – eine Welterfolgsgeschichte“ besichtigen. Anlässlich des 180. Geburts- und 125. Todestags von Mihály Munkácsy, eines der berühmtesten Maler Ungarns, wandeln sie auf den Spuren seiner Karriere. Neben den über 100 Kunstwerken – darunter auch weniger bekannte, seltene oder noch nie gezeigte Gemälde und verborgene Meisterwerke aus Privatsammlungen – lassen sich auch Archivfotos, Dokumente und Kulturgüter aus dem Leben des Meisters betrachten.

---

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár, Katharina Vilimsky, David Klotz

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)